

**Stadt Weißenfels**

**13.02.2023**

Oberbürgermeister

**Beantwortung der Anfrage**

öffentlich

AF 225/2022/1

von Walther, Gunter

am 20.10.2022 im Stadtrat

✓ Bestätigung Rechts- und Vergabeamt

Dramatisch steigende Gas- und Strompreise beschäftigen und betreffen insbesondere die Bürger und die Unternehmen des Handels, des Handwerks bzw. Mittelstandes der Stadt Weißenfels. Bisherige Unterstützungen auf Bundes- und Landesebene werden allein nicht ausreichen um Bürger\*innen unserer Stadt vor existenzieller Bedrohung zu schützen. Zusätzliche Maßnahmen der Stadt Weißenfels sind erforderlich.

Dazu frage ich an:

1. Sind durch die Verwaltung organisierte bzw. kommunizierte Energiesparkampagnen vorgesehen, wie und in welchem Umfang werden die Bürger\*innen auf Beratungsangebote hingewiesen (Amtsblatt, lokale Presse)?
2. Gibt es in der Stadtverwaltung bzw. bei ihren kommunalen Energie-Versorger Krisenpläne für den Fall eines vollständigen Ausfalls von Gas bzw. Strom?
3. Strom- und Gassperrungen müssen bei nachgewiesenen Notfall unterbleiben, Risiko ist durch die Stadt bzw. SWW zu tragen; ist die Veröffentlichung entsprechender Hinweise (mehrsprachig) vorgesehen?
4. Wird es einen „runden“ Tisch zwischen Stadt, WWV, Sport- und Freizeitbetrieb, Kulturamt und SWW geben um Energiearmut und sozialen Schieflagen vorzubeugen bzw. dem entgegen zu wirken?
5. Gibt es bereits ein Arbeitsprogramm bzw. eine Anweisung des Oberbürgermeisters an seine Verwaltung zur Umsetzung der vom Bund vorgeschlagenen Energiesparverordnungen?
6. Wie unterstützt die Stadt Weißenfels soziale Dienstleister und anderweitige gemeinnützige Organisationen mit dem Ziel deren Angebote auch unter den Bedingungen stark steigender Energiekosten sicherzustellen?
7. Wird das Bauamt Bürger und Unternehmen inkl. WWV unbürokratisch bei der Genehmigung und Errichtung von Photovoltaik- Kleinanlagen unterstützen?

Sehr geehrter Herr Walther,

Ihre Anfragen möchte ich wie folgt beantworten:

Zu 1. Die Bevölkerung wird je nach Zuständigkeit durch das Amtsblatt und Soziale Medien informiert.

Zu 2. Entsprechende Notfalldokumente befinden sich gerade in Erarbeitung.

Zu 3. Die privaten Haushalte sind bei Strom- und Gasmangellagen nicht vorrangig für eine Trennung der Versorgung vorgesehen. Eine Veröffentlichung entsprechender Hinweise wird bei Bedarf durchgeführt.

Zu 4. Den sogenannten Runden Tisch hat es in der Stadt Weißenfels gegeben.

Zu 5. Auf Anweisung durch den Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels wurde diesbezüglich eine Hausmitteilung verfasst.

Zu 6. Die Stadt wird ihren gesetzlich vorgegebenen Finanzierungspflichten nachkommen (z.B. für die freien Kita-Träger). Der überwiegende Teil der sozialen Aufgaben wird nicht von der Stadt sondern von anderen Aufgabenträgern (Landkreis, Land) finanziert. Über Unterstützungsmöglichkeiten durch die Stadt, z.B. für Vereine muss im Einzelfall entschieden werden, wenn entsprechende Anliegen an die Stadt herangetragen werden.

Zu 7. Es liegt keine Zuständigkeit der Stadt Weißenfels vor, da es sich hierbei um eine kommerzielle Aufgabe handelt.

---

Martin Papke  
Oberbürgermeister